



**Protokoll der 30. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 27. April 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Claudio Bernold

**Namensaufruf:** 36 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderat Elio Bohner, Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderat Stefan Vontobel, Gemeinderat Lorenz Weber

**Mitanwesend:** Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

**Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

- - -

**Traktanden**

- 153 Mitteilungen
- 154 Protokoll der Sitzung vom 23. März 2022
- 155 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Peter Hausammann, Fraktion CH/GP/GLP)
- 156 Ersatzwahl des Präsidiums der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Peter Hausammann, Fraktion CH/GP/GLP)
- 157 Ersatzwahl eines Mitglieds der Spezialkommission Informationsreglement für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Peter Hausammann, Fraktion CH/GP/GLP)
- 158 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Flora Hausamman, Fraktion CH/GP/GLP)

- 159 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Sarah Michel, Fraktion CH/GP/GLP)
- 160 Antrag der GPK Finanzen und Administration sowie der GPK Bau und Werke auf Änderung des Beschlusses des Gemeinderats betreffend Sitzungsgelder für die Mitglieder des Gemeinderats, der Fraktionen und der Kommissionen aufgrund der Einführung von Ämterbesuchen
- 161 Interpellation «Erstellung von 105 Parkplätzen nördlich der Rüegerholzhalle und Nutzungsverzicht Parkhaus Altstadt» von Gemeinderat Michael Pöll im Namen der Fraktion CH/GP/GLP  
*Evtl. Diskussion*
- 162 Botschaft Nr. 34 «Zusatzkredit von 650'000 Franken für den Neubau einer Tierkörpersammelstelle auf der Parzelle Nr. 61581 neben der Abwasserreinigungsanlage des Abwasserverbands Region Frauenfeld»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

- - -

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich freue mich, Sie zur heutigen Sitzung begrüßen zu dürfen. Besonders freut es mich, dass der Gemeinderat wieder in seiner ursprünglichen Form sitzen darf. Wahrscheinlich trauert man vorübergehend den grosszügigen Platzverhältnissen während der Pandemiezeit nach, dafür kann man sich nun wieder in die Augen schauen und einander auch wieder einmal über die Parteien hinweg zulächeln. Auch das Büro ist froh bei Abstimmungen – bei welchen man in den vergangenen Monaten ziemlich wache Augen brauchte, um bis in den hintersten Teil zu schauen – dass wir jetzt alle wieder ein bisschen näher haben. Da sehe sogar ich wieder, wenn hinten jemand aufsteht, lächelt oder was auch immer macht.

Dass der Frühling Einzug gehalten hat, merkt man deutlich, wenn man tagsüber durch die Stadt geht. Bürgerinnen und Bürger trinken den Kaffee wieder draussen, am Tag ist es wieder länger hell, warme Kleider sind wieder aus der Mode und viele Veranstaltungen sind wieder angekündigt worden und finden auch tatsächlich statt. Natürlich aufgrund der Beendigung des Pandemiezustands. Die Normalität hat uns also wieder. Doch ist dem wirklich so? In der Ukraine herrscht immer noch Krieg, andere Länder laufen Gefahr, involviert zu werden und Menschen flüchten in sichere Länder. Unsere Normalität ist also nicht einfach selbstverständlich und ich denke, das müssen wir zu schätzen wissen.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich wünsche euch eine frühlingshafte Gemeinderatssitzung und vergessen Sie bitte nicht, zwischendurch dem Gegenüber zuzulächeln, auch wenn Sie vielleicht politisch nicht immer einig sind.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 36 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Lorenz Weber ist die Wahl eines Stimmzählers für die heutige Sitzung notwendig.

**Gemeinderat Heinrich Christ, (CH) Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Wir schlagen Ihnen Gemeinderätin Salome Scheiben zur Wahl vor.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Vorgeschlagen ist Gemeinderätin Salome Scheiben. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

### **Abstimmung**

Gemeinderätin Salome Scheiben wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme für die heutige Sitzung als Stimmenzählerin gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

**153**

## **MITTEILUNGEN**

### **Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):**

1. Mit der heutigen Sitzung begrüssen wir Klaudia Peyer von der Fraktion CH/GP/GLP in unserer Runde. Liebe Klaudia, ich wünsche dir viel Freude beim Debattieren. Die alte Sitzordnung hast du nicht mehr kennen gelernt, das ist gut so. Und jetzt wünsche ich dir viel Spass in dieser illustren Runde.
2. Auf Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
  - Das lachsfarbene Papier bzw. der Rückweisungsantrag der GPK Bau und Werke zur Botschaft Nr. 34;
  - der Antrag der GPK Bau und Werke sowie der GPK Finanzen und Administration betreffend Ergänzung der Sitzungsgelderentschädigung;
  - die Einladung von der designierten Grossratspräsidentin Barbara Dätwyler zum Empfang in der Doppelreithalle beim Oberen Mätteli in Frauenfeld.
3. Die Referendumsfristen betreffend Botschaft Nr. 30 Auflösung des Zweckverbands ARA Elikon an der Thur und Anschluss an die interkommunale Anstalt ARA Thurtal sowie betreffend Botschaft Nr. 26 Teilrevision des Reglements über die Kulturförderung und den Kulturfonds sind am 1. April 2022 ungenutzt verstrichen.
4. Mit Beschluss Nr. 39 vom 29. März 2022 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderat Michael Lerch per 31. Mai 2022 genehmigt und mit Beschluss Nr. 115 vom 19. April 2022 wurde Robin Goldinger per 1. Juni 2022 als gewählt erklärt.
5. Mit Beschluss Nr. 102 vom 29. März 2022 hat der Stadtrat Gemeinderat Reto Brunschweiler anstelle von Ursula Duewell in die Begutachtungskommission für Besoldungsfragen gewählt.
6. Mit Beschluss Nr. 116 vom 19. April 2022 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderat Alfred Bloch per 31. Mai 2022 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.
7. Im Anschluss an die Sitzung erfolgt noch eine Information aus dem Departement für Werke, Freizeitanlagen und Sport unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit, und zusätzlich informiert Stadträtin Barbara Dätwyler über den neuesten Stand hinsichtlich der Flüchtlingswelle aus der Ukraine.

**154**

## **PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 23. MÄRZ 2022**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Das Protokoll der Sitzung vom 23. März wurde am 31. März 2022 im Dossierbrowser hochgeladen. Es ist ein Änderungswunsch von

Gemeinderat Roman Fischer betreffend S. 664 eingegangen. Das Thema ist 14 km statt 40 km. Wortwörtlich müsste es wie folgt lauten: «Auch beim Festsetzen der Stadtbustarife per Dezember 2016 als letzte Preiserhöhung kam ein Antrag der damaligen Fraktion CVP/EVP, wonach eine Tageskarte nur 4 Franken kosten soll, genau wegen einer Stimme nicht durch. Es blieb und bleibt also bei 5.20 Franken, wohlgemerkt pro Person. Das heisst, pro Paar sind es 10.40 Franken, damit fährt man schon 14 km weit mit dem Auto.» Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll noch weiter gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll mit der Korrektur stillschweigend genehmigt und ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

155

#### **ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON PETER HAUSAMMANN VON DER FRAKTION CH/GP/GLP)**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Per Ende März ist Peter Hausammann als Gemeinderat und Mitglied der GPK Finanzen und Administration zurückgetreten. Die Fraktion hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für ein Mitglied der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019 – 2023.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Für den Sitz in der GPK Finanzen und Administration schlagen wir Ihnen Gemeinderätin Karin Gubler vor. Sie hat sich in den letzten Jahren einen guten Einblick in die Ratsarbeit und in die Politik der Stadt Frauenfeld verschafft und besitzt insbesondere im Bereich der Kulturpolitik, die auch zum Aufgabengebiet dieser GPK gehört, eine vertiefte Expertise. Vielen Dank für die Unterstützung.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Dies scheint der Fall zu sein.

#### **Abstimmung**

Gemeinderätin Karin Gubler wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gratuliere dir herzlich zur Wahl und wünsche dir bei der Arbeit in der GPK viel Vergnügen.

156

#### **ERSATZWahl DES PRÄSIDIUMS DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON PETER HAUSAMMANN, FRAKTION CH/GP/GLP)**

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH) Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Für das Präsidium der GPK Finanzen und Administration schlagen wir Ihnen Gemeinderat Elio Bohner vor. Er kennt die Arbeit der GPK seit einigen Jahren und bringt als Betriebswirt auch das nötige Fachwissen in Finanzfragen mit. Besten Dank für die Unterstützung.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage auch hier wieder vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des

Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass alle einverstanden sind.

#### **Abstimmung**

Gemeinderat Elio Bohner wird einstimmig als Präsident der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gratuliere Elio Bohner zur Wahl und wünsche ihm viel Glück, auch viel Geschick, Energie und natürlich Gelassenheit in diesem anspruchsvollen Amt.

#### **157**

#### **ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER SPEZIALKOMMISSION INFORMATIONSREGLEMENT FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON PETER HAUSAMMANN, FRAKTION CH/GP/GLP)**

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Für den frei werdenden Sitz in der Spezialkommission Informationsreglement schlagen wir euch Gemeinderat Stefan Leuthold zur Wahl vor. Weshalb könnt ihr selbst erraten. Wenn es vielleicht nicht alle erraten haben, Stefan hat sich ja sehr stark auch für das Öffentlichkeitsgesetz auf kantonaler Ebene eingesetzt. Ich denke, das hat einen engen Zusammenhang und ich bin überzeugt, er wird mithelfen, das Geschäft zu einem guten Ende zu führen. Danke auch hier für die Unterstützung.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Ich nehme an, Sie sind einverstanden.

#### **Abstimmung**

Gemeinderat Stefan Leuthold wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied der Spezialkommission Informationsreglement für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gratuliere dir herzlich zur Wahl und wünsche dir viel Freude an der neuen Aufgabe.

#### **158**

#### **ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON FLORA HAUSAMMANN, FRAKTION CH/GP/GLP)**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Mit ihrem Schreiben vom 19. Februar 2022 teilte Flora Hausammann ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro per sofort mit. Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für ein Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Es war gar nicht so schlimm, all diese Namen zu finden. Das spricht für die Personaldecke, die wir in der Fraktion haben. Für das zweite zurücktretende Mitglied der Familie Hausammann – ich weiss nicht, ob das Zufall ist oder nicht – schlagen wir Ihnen Frau Yael Langenegger zur Wahl vor. Sie studiert an der Universität Zürich Veterinärmedizin, hat Jahrgang 2000 und ist wohnhaft in Gerlikon.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen wiederum vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Ich bin auch hier überzeugt, dass Sie alle einverstanden sind.

#### **Abstimmung**

Yael Langenegger wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gratuliere ihr herzlich zur Wahl und wünsche ihr natürlich viel Freude bei der Arbeit im Wahlbüro.

159

#### **ERSATZWahl EINES MITGLIEDS FÜR DAS WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON SARAH MICHEL, FRAKTION CH/GP/GLP)**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Mit ihrem Schreiben vom 28. Februar 2022 teilte Frau Sarah Michel ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro per sofort mit.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Wir schlagen Ihnen Frau Sarah Lüthold vor. Sie hat Jahrgang 1998, studiert Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und ist tätig als Hilfsassistentin ebenfalls an der Universität Zürich. Wohnhaft ist sie im Quartier Huben.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Auch hier schlage ich vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen. Ich bin überzeugt, dass Sie auch diesmal einverstanden sind.

#### **Abstimmung**

Sarah Lüthold wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gratuliere ihr herzlich zur Wahl und wünsche viel Freude bei der Arbeit im Wahlbüro.

160

#### **ANTRAG DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION SOWIE DER GPK BAU UND WERKE AUF ÄNDERUNG DES BESCHLUSSES DES GEMEINDERATS BETREFFEND SITZUNGSGELDER FÜR DIE MITGLIEDER DES GEMEINDERATS, DER FRAKTIONEN UND KOMMISSIONEN AUFGRUND DER EINFÜHRUNG VON ÄMTERBESUCHEN**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Die beiden GPKs Finanzen und Administration sowie Bau und Werke beantragen eine Änderung des Beschlusses des Gemeinderats betreffend Sitzungsgelder aufgrund der Einführung von Ämterbesuchen. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, anschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das ist der Fall.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Seit die zwei Geschäftsprüfungskommissionen die Ämterbesuche angestossen haben

und grundsätzlich auch beschlossen haben, wurde diskutiert, wie diese Kontrollen entschädigt werden sollen. Wir haben uns dann an die Fürsorgebehörde angelehnt, weil dieser Aufwand ungefähr der gleiche Zeitaufwand ist. Deshalb beantragen wir Ihnen, diese Entschädigung zusätzlich aufzunehmen und bitten Sie, dieser zuzustimmen.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Da niemand von den Fraktionen das Wort wünscht, gehe ich davon aus, dass Eintreten unbestritten ist. Gibt es Wortmeldungen zur Detailberatung. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Der Antrag der GPKs Finanzen und Administration sowie Bau und Werke wird einstimmig angenommen.

**161**

### **INTERPELLATION «ERSTELLUNG VON 105 PARKPLÄTZEN NÖRDLICH DER RÜEGERHOLZHALLE UND NUTZUNGSVERZICHT PARKHAUS ALTSTADT» VON GEMEINDERAT MICHAEL PÖLL IM NAMEN DER FRAKTION CH/GP/GLP**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Mit Beschluss Nr. 175 wurde die Interpellation «Erstellung von 105 Parkplätzen nördlich der Rüegerholzhalle und Nutzungsverzicht Parkhaus Altstadt» von Gemeinderat Michael Pöll im Namen der Fraktion CH/GP/GLP vom Stadtrat am 15. März 2022 beantwortet. Ich erteile zunächst dem Interpellanten das Wort.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Interpellanten:** Wir möchten uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation bedanken. Der ursprüngliche Grund für die Interpellation, eben der geplante Bau der vorgängig erwähnten Parkplätze, hat sich unterdessen erledigt. Wir könnten jetzt sagen: ausser Spesen nichts gewesen. So ist es aber nicht und wir möchten gern noch ein paar kritische Worte zur stadträtlichen Antwort sagen.

Die Idee, auf der grünen Wiese bei der Festhütte einen Parkplatz zu bauen, war von Anfang an ein nicht durchdachter Fehlschuss. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Frauenfeld, allfällige Parkplatzprobleme der kantonalen Verwaltung zu lösen. Die Stadt sollte vielmehr ein Interesse daran haben, dass der Kanton die Anzahl Autofahrten seiner Angestellten in der Innenstadt verringert und damit auch die Verkehrsbelastung in der Innenstadt reduziert. Die meisten kantonalen Verwaltungsgebäude sind zentral gelegen und bestens mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. Es sind etwa 200 m Distanz zum Bahnhof. Der Kanton ist da in der Pflicht, mit einem zeitgemässen Mobilitätsmanagement seine Angestellten für einen Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu motivieren.

Nicht überraschend waren die Zahlen zur Auslastung des Badiparkplatzes und zum bestehenden Rüegerholzparkplatz. Die Auslastung bewegt sich zwischen mageren 15 % und mässigen 35 %, seit diese Parkplätze bewirtschaftet werden. Zusammen mit den freien Parkplätzen in der Tiefgarage Altstadt und Marktplatz schiebt die Stadt Frauenfeld südlich der Altstadt unterdessen eine Bugwelle mit knapp 300 freien Parkplätzen vor sich her. Wir hoffen, dass bei zukünftigen Parkplatzprojekten diesem Umstand Rechnung getragen wird.

Weiter nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat die Strategie «Gebiet Festhütte» zehn Jahre nach hinten geschoben hat. Die Planung dieser Arealentwicklung soll spätestens 2030 erfolgen. Der Stadtrat argumentiert, dass zurzeit in der Stadtplanung andere Schlüsselgebiete Priorität hätten. Das können wir nachvollziehen. Gleichzeitig bedauern wir aber, dass der Bau von preisgünstigem Wohnraum auf die lange Bank geschoben wird. Das Gebiet Festhütte ist ein strategisch wichtiges Gebiet für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Die Stadt besitzt dort eine grosse Landfläche, die sich sehr gut für Wohnüberbauungen eignet. Die fragliche Parzelle

Nr. 264 ist ja rechtsverbindlich auf der Liste der geeigneten städtischen Grundstücke gemäss Art. 3 Abs. 1 des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum aufgeführt. Gemäss Art. 3 Abs. 2 dieses Reglements dürfen Grundstücke, die auf dieser Liste aufgeführt sind, nur an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort zur Frage 12, dass diese Umsetzung nicht zwingend sei. Diese Auslegung des Stadtrats, nach der der Stadt eine Wahlfreiheit zusteht, widerspricht dem klaren Wortlaut des Reglements. Wir erwarten deshalb vom Stadtrat, dass er sich an die Vorgaben dieses Reglements hält.

Nicht nachvollziehbar ist für uns, warum die Stadt dem Kanton das Grundstück durch den Verzicht auf eine Miete ohne Entschädigung überlassen wollte. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass die temporäre Freigabe von 10 Parkplätzen im Parkhaus Altstadt ohne Entschädigung durch den Kanton erfolgen soll.

Gemäss Antwort auf die Frage 9 gibt es jetzt aber wenigstens eine Vereinbarung mit dem Kanton zur temporären Nutzung von 105 Parkplätzen des eben genannten Rüegerholzparkplatzes. Damit werden jährlich 45'000 Franken in die Stadtkasse gespült und der Aufwand für die Beantwortung der Interpellation kann gedeckt werden, und vielleicht gibt es auch noch einen kleinen Gewinn. Auf eine Diskussion möchten wir verzichten.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Sie haben es gehört, die Fraktion CH/GP/GLP möchte auf eine Diskussion verzichten. Der Form halber frage ich den Rat, ob jemand aus dem Rat die Diskussion wünscht. – Die Diskussion im Rat wird durch Gemeinderat Christoph Regli gewünscht, deshalb stimmen wir darüber ab.

### **Abstimmung**

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich habe eigentlich kein Votum erstellt und auch nicht wirklich eines vorbereitet. Wir waren ja darüber informiert, dass ihr Interpellanten keine Diskussion wünscht, dann habe ich mir überlegt, wenn sie mehr als 6 Sätze und materiell etwas dazu sagen, ist das so eine grosse Frechheit, dass wir nicht dazu sprechen sollten, dass ich Diskussion beantrage und ich freue mich, dass mein Antrag angenommen worden ist. Ich bin überrascht, dass es gelungen ist.

Nachdem der Interpellant sogar dem Stadtrat den Auftrag erteilt hat, dem Kanton zu befehlen, er müsse die kantonalen Mitarbeiter erziehen, wo sie zu parkieren hätten, können wir wirklich nicht einfach nichts sagen. Ich finde es wirklich eine Frechheit, dass man uns sagt, man führt keine Diskussion, dann selber aber ein so langes Votum hält. Wie gesagt, 6 Sätze hätte ich akzeptiert, ich habe nach etwa 20 Sätzen aufgehört zu zählen.

Zum Glück habe ich nach der Fraktionssitzung Notizen gemacht, und so war mein Votum nach eurer Mitteilung, dass es keine Diskussion gibt, bereits handgestrickt vorhanden. Nachdem die Interpellanten also so weit und breit ihre Meinung kundtun konnten, braucht es diese Diskussion wirklich und ich hoffe, dass auch sonst noch jemand etwas dazu sagt, damit nicht bloss die langen Ausführungen der Interpellanten wichtig sind. Es ist nötig, dass ein paar Ausführungen gemacht werden. Ich mache das in meinem Namen, ich habe das selber so zusammengestellt.

Das Thema hätte man auch als erledigt betrachten können, als am 10. Dezember 2021 in der Zeitung stand, dass der Kanton gar nicht mehr bauen will. Immer heisst es, wir haben in der Verwaltung zu viel zu tun, es ist tragisch, wenn die Verwaltung so viel zu tun hat – und dann lässt man die Verwaltung so lange an so etwas arbeiten und sucht dann darüber keine Diskussion. Und das Ganze nur aus Marketing- und parteipolitischen Gründen. So eine unnötige Interpellation hätte man nicht einreichen oder spätestens zurückziehen müssen, wenn das Thema materiell erledigt war. Oder man hätte uns nicht auch noch ins Offside laufen lassen müssen mit



der Nichtvorbereitung der Voten, die da nötig wären. Peinlich ist es aber, wenn dann durch Ausdrücke wie «faktisches Baurecht» umfassendere Abklärungen nötig sind ... Man muss einfach in eine Interpellation so ein Wort hineinschreiben und der Stadtrat muss sich dann fast hinterfragen, was er da verbochen hat. Es ist nicht nötig, dass man den Stadtrat und die Mitarbeiter der Departemente so beübt, das finde ich auch unfair. Obwohl es, davon bin ich überzeugt, den Interpellanten völlig klar ist, dass es überhaupt nicht um ein faktisches Baurecht geht. Dieser Satz musste einfach drin sein als «Gingg» an den Stadtrat oder um den Stadtrat resp. der Verwaltung viel Arbeit zu geben. Natürlich haben die Einsprachen auch zum Abbruch dieser Übung geführt, die der Kanton dort oben hätte durchführen wollen. Mit dieser Absage oder diesem Rückzug des Baugesuchs haben wir aber auch die negativen Folgen, dass wir wahrlich eine wirklich grosse Chance verpasst haben. Nämlich, dass man auf Kosten des Kantons bei der Festhalle einen Allwetterplatz bekommen hätte, den man für tolle Veranstaltungen hätte nutzen können. Peinlich ist es aber auch noch, dass dann in der Interpellation auch noch die Frage kommt, weshalb wir für die Parkplätze, die wir im Parkhaus zur Verfügung stellen, Geld bekommen wollen. Obwohl wir alle ja wissen, dass wir kein Geld verdienen, wenn die Leute dort drin parkieren, sondern dass der entsprechende Verwalter das verdient und wir diese Etage in diesem Parkhaus von Anfang an à fonds perdu zur Verfügung gestellt haben. Auch eine Frage, auf die eigentlich jeder, der schon ein bisschen länger im Rat ist oder etwas gelesen hätte, die Antwort gewusst hätte.

Einen einzigen Vorteil kann ich der Interpellation abgewinnen. Es erspart mir einen Telefonanruf an Stadtrat Elliker. Bei der Einführung des Parkierungssystems haben wir von der CVP-EVP-Fraktion als einzige gefordert, dass bei jeder Einfallsachse ein Parkplatz sein sollte, der günstiger ist als der Marktplatz, damit man eben nicht dorthin geht und dort ein Suchverkehr entsteht. Bis zum Feuerwehrdepot und zum Kappenzipfel haben wir jetzt viel Verkehr, weil die Leute nicht mehr bei der Festhalle parkieren. Das wäre nicht nötig, wenn es gleich teuer wäre. Stadtrat Urs Müller hat uns vor viereinhalb Jahren gesagt, dass man jetzt am Tarif nicht herumschrauben wolle, man wolle das jetzt so einführen, aber sie hätten ein gutes Monitoring, um zu überprüfen, ob der Marktplatz tatsächlich übermässig nachgefragt werde. Und jetzt zum eingesparten Telefonanruf: Dank der Auswertung in der Interpellation wird Andi Elliker sich daran erinnern, dass die Tarife bei der Festhalle gesenkt werden müssen – und voraussichtlich von mir aus gesehen auch auf dem Unteren Mätteli, dass man überall dort nicht noch eine Ehrenrunde macht, weil das Parkieren günstiger ist als auf dem Marktplatz. Ich denke, die Zahlen, die wir in der Interpellation gesehen haben, auch wenn wir dort nicht unbedingt gesucht haben, sind eindeutig.

Das ist das, was ich noch zur Diskussion beitragen wollte. Ich bin wirklich persönlich enttäuscht, wenn man so eine einseitige Information macht, man werde nicht diskutieren und dann selber mehr sagt, als normalerweise in einer Diskussion gesagt wird.

**Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Mein Votum war bereits vorbereitet, aber ich kann es stark kürzen, denn ich kann bei vielen Punkten beim Vordredner anknüpfen. Seitens der Interpellanten hätten wir es erwartet, dass das Thema nach der Bekanntmachung des Rückzugs des Baugesuchs vom Tisch ist und man dem Stadtrat gesagt hätte, er müsse das nicht noch beantworten.

Erst kürzlich wurde die FDP-Fraktion von einem ehemaligen progressiven Ratsmitglied als Abnickler tituliert. Aber statt abzunicken, haben wir gerade bei diesem Geschäft unseren Unmut im letzten Sommer beim Stadtrat deponiert, so wie wir das oft machen. Direkte Wege, wo es direkte Wege gibt und keinen Fragenkatalog, um die Verwaltung, den Stadtrat und den Gemeinderat zu beschäftigen. Die Grösse unserer Stadt erlaubt direkte Wege, wir sollten diese auch nutzen. Aber wie bereits gesagt, Steckenpferde wollen ja bewirtschaftet werden. Das gehört zum Repertoire.

**Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Ich bin schon sehr überrascht und finde es ziemlich dicke Post, was Christoph Regli uns da heute vorgebracht hat. Ich möchte zu zwei oder drei Vorwürfen, die er in den Raum gestellt hat, kurz Stellung nehmen.

1. Die Länge des Statements, die Michael Pöll als Interpellant beanspruchte, ist absolut im Rahmen. Es gibt keinerlei Vorschrift bei uns im Rat, dass der Interpellant nach maximal 6 Sätzen stoppen müsse. Das ist frei erfunden, so eine Regel gibt es gar nicht. Man kann das gern in alten Protokollen des Gemeinderats überprüfen, dann sieht man, welche Zeit die Interpellanten aus allen Fraktionen jeweils beansprucht haben. Ich denke, das ist kein Argument.
2. Dann möchte ich zu bedenken geben, wir wollten überhaupt keine Diskussion verweigern. Wir finden es im Gegenteil fair, dass wir es direkt nach unserer Fraktionssitzung euch allen angekündigt haben, damit ihr nicht unnötige Energie in Fraktionserklärungen steckt. Wir sind davon ausgegangen, dass diese Geschichte gegessen ist. Die Interpellation hatte ja Erfolg, das Baugesuch wurde zurückgezogen. Deshalb fanden wir, es wäre eine Zumutung für euch, wenn wir euch zu einer Diskussion verknurren würden. Das ist der Hintergrund. Wir sind selbstverständlich jederzeit gern bereit, über Parkplatzfragen in dieser Stadt zu diskutieren. Es ist überhaupt nicht das Problem, dass wir nicht diskutieren wollen. Ich finde, das ist eine völlig falsche Auffassung, die du Christoph hier vertreten hast. Es geht nur darum, dass wir gesagt haben, diese Sache ist vorbei, also lassen wir es jetzt ruhen. Aber ich finde es super, wenn wir jetzt eine Stunde über dieses Thema diskutieren. Das ist wirklich nicht unser Problem. Ich möchte einfach daran erinnern, wir waren im Gegenteil schon das Opfer von verweigerten Diskussionen. Ich erinnere an die Interpellation zum Stadttunnel, wo der Rat die Diskussion verweigert hat. Das ist die Realität, in der wir uns bewegen.

Dann noch kurz zur Frage, warum wir diese Interpellation nicht zurückgezogen haben. Diese wurde gestellt, nachdem der Kanton das Baugesuch zurückgezogen hat. Der Grund ist ganz einfach: Wir haben es überprüft, wir haben den Stadtratsbeschluss angeschaut, der das Projekt des Kantons bewilligt hat und haben dort gesehen, dass ganz viele relevante rechtliche Fragen vom Stadtrat nicht berücksichtigt wurden. Das heisst, der Stadtratsbeschluss war unserer Meinung nach fehlerhaft, er hat ganz viele Sachen nicht betrachtet. Ich möchte hier nicht in die Details gehen, aber ich möchte daran erinnern, wir haben seit dem Juli ein Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grunds, was in dieser Stadt sehr viel Unruhe auslöst und auch sehr viele Leute wütend gemacht hat, namentlich in der Innenstadt Stichwort Strassencafés usw. Dann ist es ja wohl normal, dass wir fragen, wie es sich mit diesem Reglement verhält, wenn die Stadt dem Kanton ein stadteigenes Grundstück zur Verfügung stellt. Ich finde, das ist eine absolut legitime Frage, mit der sich der Stadtrat unserer Einschätzung nach zu wenig befasst hat. Der zweite Punkt ist das Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Das ist nicht einfach so ein Ding, das man nicht berücksichtigen kann. Natürlich sind Wohnbauprojekte auf dem Areal Festhütte nicht in den nächsten zwei oder drei Jahren auf der Tagesordnung, aber es ist grundsätzlich ein Fokusgebiet für die Möglichkeit von preisgünstigem Wohnungsbau in dieser Stadt. Deshalb hätte sich die Stadt wenigstens daran erinnern müssen, dass so ein Reglement existiert und sie hätte in dieses Reglement schauen und es berücksichtigen müssen. Genau dafür hat es diese Interpellation gebraucht, damit diese Fragen einmal in die Köpfe kommen und beantwortet werden können.

Um es zusammenzufassen: Es besteht Klärungsbedarf und nochmals ein Appell an den Stadtrat, existierende Reglemente müssen angewendet werden, wenn es um Fragen geht, wie stadteigene Grundstücke an Dritte weitergegeben werden können. Ich finde, es ist kein Unterschied, ob es wie im Fall Twerenbold ein Privater ist oder ob es der Kanton ist. Das macht keinen Unterschied, der Kanton Thurgau ist in dieser Stadt ein Player oder Akteur wie jeder andere auch, wie jeder private Investor.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im eigenen Namen:** Das meiste wurde von Roland Wetli bereits gesagt, das ist gut, damit ist mein Ärger schon ein bisschen verklungen.

Kollege Wetli hat eigentlich schön dargelegt, warum es wichtig war, diese Interpellation beantworten zu lassen. Stichwort Wohnbauförderung und Nutzung des öffentlichen Grunds. Das zweite, was mich geärgert hat ist, dass in den beiden ersten Voten angedeutet wurde, dass man nicht so viele Vorstösse machen solle, dass es nur um Selbstdarstellung gehe usw., das finde ich ein bisschen seltsam, aus dem Rat zu hören. Der Stadtrat jammert manchmal und auch ich als Angestellter der Verwaltung jammere manchmal über all diese Vorstösse, aber wenn wir ehrlich sind, ist es eine unserer zentralen Aufgaben als Rat, dass wir ein Bindeglied zwischen dem Stadtrat und der Bevölkerung als Ganzes herstellen. Und dafür reicht es eben nicht, den Telefonhörer zur Hand zu nehmen und im stillen Kämmerlein zu telefonieren. Es ist ganz wichtig, dass alle von uns, egal welche politischen Ansichten wir haben, Fragen öffentlich stellen können und dass sie öffentlich beantwortet werden.

**Stadtrat Andreas Elliker (SVP):** Ich kann mich relativ kurz fassen bei dieser Antwort, weil ihr euch gegenseitig die Antworten schon gegeben habt. Es ist aber so, dass die Stadt mit dem Kanton eine enge Zusammenarbeit pflegt, da gehört auch dazu, dass man die gegenseitigen Bedürfnisse miteinander angeht. Der Stadtrat war der Ansicht, dass dieser Platz multifunktional genutzt werden könnte und dies für die Stadt und das Gebiet Festhütte mit ihren Anlässen längerfristig einen Vorteil geben könnte. Ein solcher Platz, der einen Schotterrasen hat, bringt eine andere Biodiversitätsförderung als andere Wiesen und Flächen, und der Pachtzins für die Landwirtschaft wäre auf einer solchen Fläche auch sehr gering. Die Rendite in dieser Branche ist auch nicht so hoch.

Angesprochen wurde auch die Parkplatzregelung. Ich war noch im Parlament und in der GPK, als die Parkplatzregelung besprochen wurde. Ich kann mich noch erinnern, dass Alt-Gemeinderat Zahnd damals sagte, man müsse die Parkplatzpreise anpassen. Auf dem Marktplatz einen höheren Preis, bei der Festhütte einen niedrigeren Preis – das ist bei uns noch pendent, das wissen wir auch. Es sind jetzt aber zwei Jahre Corona hinter uns und diese zwei Jahre hatten bezüglich Parkplatzbesetzung eine eigene Dynamik. Wir werden das zu gegebener Zeit anschauen, wenn wir die Kapazität haben und sehen, dass grosser Handlungsbedarf besteht.

Die rechtlichen Fragen sind aus meiner Sicht in der Interpellation abgehandelt, was der Stadtrat sich im Vorfeld zu dieser Sache für Gedanken gemacht hat. In der Stadtplanung laufen viele Projekte und der Stadtrat hat aus einem gewissen Grund das Gebiet Rüegerholz zurückgestellt. Dort werden wir frühestens 2030 zu planen beginnen, weil es noch viele andere Gebiete für eine Entwicklung gibt. Wenn eine Planung schnell geht, dauert sie 7 Jahre, und wer in 7 Jahren noch im Parlament ist, werden wir dann sehen. Ich bin gespannt. Man weiss auch nicht, ob ich dann noch Stadtrat bin. Planungen dauern heute lange, auch mit allen entsprechenden Instrumenten, die wir haben und einhalten müssen, damit wir es korrekt machen.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich möchte abschliessend noch etwas zum Ablauf sagen, weil angesprochen wurde, wie lange man sprechen darf. Wir haben das rasch nachgeschaut und ich zitiere Art. 44 Abs. 3: «Wer eine Interpellation eingereicht hat, erklärt in einer kurzen Stellungnahme, ob die Antwort befriedigend sei oder nicht. Eine Diskussion findet statt, wenn sie auf Antrag eines Ratsmitglieds beschlossen worden ist.» Das ist der Wortlaut im Reglement und ich denke, dass wir uns das nächste Mal auch daran halten werden. Somit haben wir dieses Traktandum abgeschlossen.

162

**BOTSCHAFT NR. 34 «ZUSATZKREDIT VON 650'000 FRANKEN FÜR DEN NEUBAU EINER TIERKÖRPERSAMMELSTELLE AUF DER PARZELLE NR. 61581 NEBEN DER ABWASSERREINIGUNGSANLAGE DES ABWASSERVERBANDS REGION FRAUENFELD»**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Dem Gemeinderat wurde am 15. Februar 2022 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 34 betreffend Zusatzkredit von 650'000 Franken für den Neubau einer Tierkörpersammelstelle vorgelegt. Die GPK Bau und Werke stellt den Antrag auf Rückweisung dieser Botschaft. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte, in deren Rahmen bereits auf den Rückweisungsantrag eingegangen werden kann, erfolgt die Abstimmung über den allfälligen Antrag. Sofern der Antrag abgelehnt würde, das heisst die Botschaft nicht zurückgewiesen würde, würde die materielle Beratung erfolgen, danach würden wir in der Schlussabstimmung über den Antrag in der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Ich hätte den Ablauf etwas anders gesehen, nämlich so, wie wir ihn in der GPK gemacht haben, zuerst das Eintreten und in der Detailberatung über die Rückweisung befinden.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Das geht natürlich auch, dann machen wir es so.

**EINTRETEN**

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Die Eintretensdebatte wurde von Seiten Stadtrat genutzt, um auszuführen, warum die vorliegende Botschaft überhaupt nötig wurde. Sie kennen die Details der Mehrkosten. Einerseits wurde festgestellt, dass in der ursprünglichen Botschaft Nr. 16 ein Betrag von 319'000 Franken zwar ausgewiesen, aber nicht kostenrelevant mitgerechnet wurde. Andererseits stellte sich bei der Projektierung heraus, dass die angedachte Eisspeichertechnologie mittlerweile vom Markt verdrängt worden ist. Mehrkosten an diversen Stellen also. Deshalb hat der Stadtrat sich entschieden, mit der vorliegenden Botschaft Nr. 34 Transparenz zu schaffen und einen Zusatzkredit von Fr. 650'000 einzuholen. Neben ersten Unmutsbekundungen über diese Umstände wurde die Eintretensdebatte in der GPK dazu genutzt, Grundsatzfragen zu klären.

1. Ist eine Instandsetzung der jetzigen Anlage geprüft worden? Ja. Mit den erwarteten Kosten hätte man aber keine befriedigende Lösung und auf Dauer auch keine Bewilligung des Veterinäramts erwartet.
2. Braucht Frauenfeld überhaupt eine Tierkörpersammelstelle? Ja. Zum Beispiel ist die nächstgelegene Sammelstelle bekanntlich in Pfyn und deren Fortbestand über 2026 hinaus alles andere als klar. Der Stadtrat sei der Meinung, dass Frauenfeld als Zentrumsgemeinde diese Infrastruktur zur Verfügung stellen solle.

Diesen Argumentationen folgend war das Eintreten in der GPK unbestritten.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Da niemand das Wort zum Eintreten wünscht, gehe ich davon aus, dass das Eintreten unbestritten ist.

**DETAILBERATUNG**

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Ich führe gern die wichtigsten Punkte der Detailberatung aus. Der erste grosse Diskussionspunkt und letztlich auch so ziemlich der finale waren die Honorare des Architekten und der Fachplaner, die einige GPK-Mitglieder als zu hoch einstufen, gerade auch im Vergleich zu privaten Bauvorhaben. Von

Seiten Stadt wurde entgegengehalten, dass für die Architektenleistungen mehrere Offerten eingeholt wurden und dass man sich für die günstigste entschieden habe. Auch für die Fachplanerleistungen wurden Offerten eingeholt. Dass diese Honorare verhältnismässig hoch seien, liege daran, dass es ein eher kleines, spezialisiertes Projekt sei. Mehrere GPK-Mitglieder gaben sich damit nicht zufrieden und merkten an, dass eine Privatperson ein Projekt mit solchen Architekt- und Fachplanerhonoraren nicht realisieren würde. Andere GPK-Mitglieder zeigten dem gegenüber Verständnis, da es sich bei der Tierkörpersammelstelle um einen spezialisierten Bau handle, der nicht mit einem privaten Bau verglichen werden könne.

Weiter wurde in der Detailberatung die Frage aufgeworfen, was geschehe, wenn der Nachtragskredit abgelehnt würde. Stadtrat Elliker merkte an, dass in diesem Fall die bestehende Anlage weiterbetrieben und wo nötig instandgesetzt werden müsse. Die aktuelle Anlage ist zwar bis 2027 bewilligt, für die Kühlanlage gibt es aber laut Stadtrat keine Ersatzteile mehr. Der Stadtrat betonte, dass man aus der jetzigen Situation seine Lehren gezogen habe und für zukünftige Projekte vermehrt auf Vorprojekte setzen würde.

Auch der Wechsel in der Energiespeicherung wurde selbstverständlich diskutiert. Die Botschaft führt aus, dass die ursprünglich geplante Eisspeichertechnologie mittlerweile «vom Markt verdrängt wurde», weshalb nun ein Natriumhydroxid-Absorptionsspeicher vorgesehen ist, der als Pilotprojekt von der Hochschule Luzern betrieben werden soll. Ein GPK-Mitglied merkte an, dass dies wiederum mit Risiken verbunden sei. Für die Verantwortlichen der Stadt beschränken sich diese Risiken aber auf die Vorinvestitionen im ungenutzten Dachraum. Sollte der Prototyp nicht erfolgreich sein, bestehe jederzeit die Möglichkeit, bei der ohnehin geplanten Luft-Wasser-Wärmepumpe zu bleiben.

Soviel zu den wichtigsten Punkten der Detailberatung. Nach dieser Diskussion stellte ein GPK-Mitglied den Antrag auf Rückweisung der Botschaft mit der Begründung, dass nicht akzeptiert werden könne, dass für die Zwischenlagerung von Tierkadavern 1.8 Mio. Franken ausgegeben würden. Man könne eine solche Tierkörpersammelstelle, ohne dass man auf gute Materialien oder Leistungen verzichten müsse, günstiger bauen. Dem Rückweisungsantrag folgte eine knappe Mehrheit der GPK Bau und Werke, womit diese Ihnen Gleiches vorschlägt.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:**

Die Botschaft wurde in unserer Fraktion ausgiebig und kontrovers diskutiert. Einig sind wir uns darin, dass eine Tierkörpersammelstelle in Frauenfeld wohl Sinn macht. Denn die Möglichkeit, die toten Tiere mit Pfyn in der näheren Umgebung zu deponieren, ist gemäss Aussage von Stadtrat Elliker wohl auch nur noch bis 2026 gegeben. Für Frauenfeld bedeutet dies, dass wir nach der Stilllegung 2027, falls dies mit dem bei uns anfallenden Volumen dann überhaupt möglich wäre, die Sammelstelle zum Beispiel in Münchwilen benutzen müssten. Diese Option ergibt unseres Erachtens aber wegen der deutlich längeren Transportwege und der damit verbundenen Umweltbelastungen keinen Sinn und rechtfertigt eine eigene Sammelstelle zusätzlich.

Einig sind wir uns aber auch darin, dass wir an dem gewünschten Zusatzkredit keine Freude haben und dass der Preis für eine Tierkörpersammelstelle mit rund 1.8 Mio. Franken schon sehr hoch ist. Dass jedoch nicht nachträglich, wenn das Projekt fertig erstellt und abgerechnet ist, ein Zusatzkredit eingeholt wird, schätzen wir sehr. Trotzdem möchten wir es nicht unterlassen, unser Missfallen auszudrücken. Vor allem auch gegenüber dem Vorhaben des Amtes für Hochbau und Stadtplanung, ein solch komplexes Projekt intern abwickeln zu wollen. Auch wenn die Hälfte des Zusatzkredits wohl auf einen Rechenfehler zurückzuführen ist, so wurden doch einmal mehr nicht von Anfang an die entscheidenden Zuständigkeiten und Fachleute beigezogen, was in diesem Fall die ursprünglichen Kostenannahmen ebenfalls massiv erhöht hat. Auch spezialisierte externe Personen sind nicht fehlerfrei, das Risiko kann aber mit der klassischen Bauherrenplanerkombination, die in einem solchen Projekt üblich wäre, sicherlich minimiert werden. In der Botschaft zum Zusatzkredit wird unter anderem erwähnt, dass solche Fehler durch Prozessopti-

mierung zukünftig vermieden werden sollen. Hier interessiert uns zum Beispiel, ob nebst detaillierten Vorprojekten zusätzliche Massnahmen geplant sind und wie diese aussehen.

Wie bereits erwähnt, wurde der Zusatzkredit kontrovers diskutiert. Grossmehrheitlich wurde der Rückweisungsantrag von unserer Fraktion jedoch nicht unterstützt. Ebenfalls stimmt die Mehrheit unserer Fraktion den Antrag für einen Zusatzkredit zu, weil wir a) der Meinung sind, dass Frauenfeld eine eigene Tierkörpersammelstelle benötigt und b), weil wir die hohen Kosten für einen solch spezialisierten, umweltverträglichen Bau nachvollziehen können.

**Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:**

Als wir vor eineinhalb Jahren den Kredit von 1.2 Mio. Franken für den Neubau der Tierkörpersammelstelle behandelten, äusserte Kollege Lerch namens der FDP-Fraktion die Erwartung, dass die Kosten für die Anlage ganz genau unter die Lupe genommen werden, damit sich die Schlussabrechnung letzten Endes am günstigeren Ende der Kostengenauigkeit von +/- 15 % bewegt. Nun, das wäre schön gewesen. Tatsächlich hat besagte Lupe nun zutage geführt, dass die Kosten wohl über 50 % höher liegen werden als damals prognostiziert. Immerhin haben wir jetzt eine Kostengenauigkeit von +/- 10 %. Grund für die Anpassung bildet gemäss vorliegender Botschaft mitunter ein bedauerlicher Fehler bei der Kostenberechnung. Im Einzelnen darauf einzugehen, ist hier müssig, solche Fehler sollten nicht, aber können passieren. Wir finden es aber befremdlich, wenn jetzt gönnerhaft die Rede davon ist, dass offen und transparent informiert wird, weshalb – ich zitiere aus der Botschaft – «bereits jetzt ein Zusatzkredit eingeholt wird und nicht erst, wenn das Projekt abgerechnet worden ist». Gemäss § 30 der Verordnung über das Rechnungswesen der Gemeinden muss die Exekutive einen Zusatzkredit anfordern, wenn sich zeigt, dass der bewilligte Verpflichtungskredit um über 10 % überschritten wird. Vorliegend haben wir eine Überschreitung von über 50 %. Der Zusatzkredit ist folglich keinesfalls ein Dürfen, sondern von Gesetzes wegen ein Müssen.

Nun zum Materiellen: Die Voten in der Gemeinderatsdebatte zum ursprünglichen Kredit über 1.2 Mio. Franken zeichneten ein deutliches Bild. Der veranschlagte Preis für die Tierkörpersammelstelle wurde von den Fraktionen damals als hoch, als stolz oder im besten Fall noch als richtig bezeichnet. Sogar von Luxusobjekt war die Rede. Die allgemeine Stossrichtung war also klar, die Baukosten von 1.2 Mio. Franken für den geplanten Zweckbau liegen am obersten Rand des für die Steuerzahler Erträglichen. Auch unsere Fraktion äusserte sich unmissverständlich in diesem sind. Wir erachten es als reichlich unglaubwürdig, zunächst mehr oder weniger zu poltern, dass 1.2 Mio. Franken für die Anlage also schon das Höchste aller Gefühle sein sollen, um vorausgerichtliche Mehrkosten von 650'000 Franken einfach durchzuwinken. Schon aus diesem Grund fällt für uns eine Bewilligung des Zusatzkredits ausser Betracht. Alles andere wäre in unseren Augen schlicht inkonsequent. Ganz abgesehen davon meinen wir auch, was wir bereits 2020 sagten: Für die Tierkörpersammelstelle genügt ein absoluter Zweckbau. Wir brauchen kein Leuchtturmprojekt. Wir haben die Kostenfrage in der Fraktion ausgiebig und unter Beizug von verschiedenen Vergleichswerten diskutiert. Ich erspare Ihnen an dieser Stelle die entsprechenden Einzelheiten, nachdem eine eigentliche Beweisführung ohnehin nicht möglich ist. Ich gelange daher direkt zu unserem Fazit, dass mit der zusätzlichen Kostensteigerung auf 1.85 Mio. Franken der Rahmen dafür, was ein solcher Bau in unseren Augen kosten darf, gesprengt wird. Entsprechend unterstützen wir einstimmig den Rückweisungsantrag der GPK Bau und Werke.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Damit in Frauenfeld die wilde Entsorgung von Tierkadavern nicht zum Alltag wird, braucht es eine Sammelstelle. Darin sind wir uns offenbar alle einig. Genauso einig sind wir uns, dass die 1.85 Mio. Franken viel Geld sind für eine solche Sammelstelle, ebenso das leider Fehler passiert sind. Aber wie gehen wir nun damit um?

Die erste Variante ist, dass wir das Projekt zurückweisen, wie von der GPK vorgeschlagen. Damit bestünde die Chance, das Projekt neu anzugehen. Wir sehen das Ganze aber kritisch. Denn es handelt sich hier um einen Zweckbau, bei dem die Vorgaben umfangreich und nicht verhandel-

bar sind. Oder möchten wir hören, dass die nächste Pandemie in der Tierkörpersammelstelle Frauenfeld ihren Ursprung hat? Jaja, auch wenn es vielleicht nicht gleich so weit kommen wird, gibt es trotzdem gute Gründe, die Hygienevorschriften akkurat umzusetzen. Wir müssen die Errungenschaften, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, weiterführen, dazu stehen wir in der Pflicht. Dass die Sammelstelle in einer neuen Runde mit den gleichen Vorschriften günstiger wird, glauben wir nicht. Eher sind wir der Meinung, dass die bereits in die Planung investierten 150'000 Franken dann verloren sein werden und so das Ganze unter dem Strich nochmals teurer wird. Der einzige Ort, an dem wir sparen könnten, ist die Energiespeicherung. Aber macht das tatsächlich so viel aus? Nein. Denn mit den Förderbeiträgen und der von Thurplus erstellten PVA sind wir bereits auf einem tiefen Niveau. Der Speicher ist zwar erst ein Prototyp, generiert aber dadurch auch keine Kosten. Die Tierkörpersammelstelle wird auch durch die zusätzlich aufgetauchten Kosten keine Wohlfühloase für die Wasenmeisterin oder den Wasenmeister. Wir beneiden die Mitarbeitenden des Werkhofs nicht um diese Arbeit, können aber für eine anständige Arbeitsumgebung sorgen, die im jetzigen Zustand teilweise fraglich ist.

Die zweite Möglichkeit ist, dass wir schauen, wo die Mehrkosten entstanden sind und Konsequenzen daraus ableiten. Als erstes ist bekanntlich ein Rechenfehler passiert. Es wurden 319'000 Franken an Gebäudeteilkosten nicht mitgerechnet. Somit war die erste Botschaft um diesen Betrag zu tief. Wir sind nicht glücklich darüber, glauben aber auch nicht an Absicht. Gern hätten wir konkret Auskunft darüber, wie der zuständige Stadtrat solche Fehler in Zukunft bei Projekten vermeiden möchte.

Als zweites kommen zusätzliche Honorare hinzu, weil das Amt die Planung nicht selbst stemmen kann. Aus unserer Sicht grundsätzlich verständlich und somit plausibel. Wenn uns der Stadtrat also konkret darlegen kann, welche Prozessoptimierungen das sein sollen und nicht nur vage formuliert wie im GPK-Protokoll festgehalten, sind wir gern bereit, dem er doch eher zufälligen Entscheid der GPK nicht zu folgen und uns gegen die Rückweisung auszusprechen.

Eine dritte Variante wäre auch noch die Kürzung des Betrags. Wir sähen hier vor allem bei den Umgebungsarbeiten Einsparungspotenzial. Leider lagen dem jetzigen Projekt keine Pläne mehr bei, in der GPK wurden sie aber abgegeben. Als Wunsch von meiner Seite möchte ich gern anmerken, dass in Zukunft doch an das GPK-Protokoll diese Pläne anzuhängen sind. In diesen Plänen sieht man, dass die Abholung auf der Gebäuderückseite liegt und somit rundherum geteert werden muss. Das finden wir falsch und unnötig. Denn gerade durch Versiegelung werden Hochwasser immer schlimmer und auch dieser Hochwasserschutz ist einer der Kostentreiber. Auch im ersten Projekt war kein Wendeplatz um die Sammelstelle herum projektiert. Unserer Meinung nach kann der Weg an der Hornusserhütte vorbei als Wendeplatz problemlos genutzt werden. Allenfalls muss dort noch etwas nachgebessert werden, aber das ist immer noch besser, als sinnfrei zusätzliche Flächen zu versiegeln. Hier ist aber leider die monetäre Einsparung eher klein, ein Streichkonzert also überflüssig. Vielleicht ist aber durch Optimierung und/oder Zurückdrehen des Gebäudes noch etwas möglich.

Wie verbleiben wir also? Unsere Fraktion wünscht sich eine gute Erklärung zu den erwähnten Vorprojekten und möchte wie in der Botschaft bauen. Aus unserer Sicht muss aber im momentanen Umfeld nicht auf Teufel komm raus ein schneller Baubeginn angestrebt werden, die aktuell hohen Rohstoffpreise fallen allenfalls wieder und der Speicher wird immer konkreter. Hier darf auch mal etwas Zeit verstreichen, denn wir wissen seit der ersten Botschaft, dass wir grundsätzlich bis 2027 Zeit haben.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** In der Fraktion FDP kam diese Botschaft überhaupt nicht gut an. Zum einen waren wir schon am 18. November 2020 der Meinung, dass bereits der Betrag von 1.2 Mio. Franken stattlich sei für diesen Zweckbau. Wir forderten damals - ich zitiere: «Die Fraktion FDP hat die Erwartung, dass bei der Ausführung der Anlage die Kosten nochmals genau unter die Lupe genommen werden, sodass die Schlussabrechnung nicht die + 15 % ausschöpft, sondern sich eher in den Bereich von - 15 %

bewegt, inkl. Stadteigene Planungskosten». Die jetzige Botschaft stellt leider das Gegenteil in Aussicht. Satte 650'000 Franken mehr ist dicke Post. Diverse Mitglieder der Fraktion sind der Meinung, dass dies zu viel sei und das Projekt nochmals gründlich überarbeitet werden müsse und alles Überflüssige gestrichen werde, sodass die Mehrkosten klar reduziert werden können. Ganz vermeiden lassen sich diese wohl nicht, da in der ursprünglichen Botschaft Nr. 16 Additionsfehler vorhanden waren, welche schon damals zu höheren Kosten geführt hätten, wenn man die Formel nochmals überprüft oder mit dem Taschenrechner nachgerechnet hätte. Ich habe das auch unterlassen, ich vertraue vielleicht zu viel der Technik.

Ein weiteres Ärgernis in diesem Geschäft ist auch, dass in der Botschaft Nr. 16 vom 15. September 2020 bereits erwähnt wurde, dass das Geschäft dringlich sei, und jetzt im Frühling 2022 ist noch nicht einmal ein Termin für den Baubeginn bekannt. Aus unserer Sicht sieht dringlich anders aus. Die Frage ist, wie unser Rat bei anderen dringlichen Geschäften damit umgehen wird. Positiv zu werten ist, der Stadtrat kam ja frühzeitig mit einem Zusatzkredit und nicht erst, als die Bauarbeiten schon weit fortgeschritten oder gar abgeschlossen waren. Zudem hat sich der Stadtrat für den Fehler in der Botschaft Nr. 16 entschuldigt, und das Wichtigste: Es wurden intern Verbesserungen beschlossen, sodass es künftig nicht mehr zu solchen Fehlern kommen sollte.

Auf den ersten Blick sind die Mehrkosten von 650'000 Franken stattlich. Für den Steuerzahler von Frauenfeld sind diese jedoch verkräftbar. Die Tierkörpersammelstelle wird neben Frauenfeld auch von Gachnang, Felben-Wellhausen, Herden-Hüttlingen, Hüttwilen, Matzingen, Müllheim, Neunforn, Stettfurt, Thundorf, Üsslingen, Warth-Weiningen, Eschenz sowie diversen privaten Entsorgern wie Tierärzten genutzt und entsprechend finanziert. Für die Tierkörper aus Frauenfeld hätte es ursprünglich gemäss Botschaft Nr. 16 Mehrkosten von ca. 6'000 Franken pro Jahr gegeben, und jetzt mit dem überarbeiteten Projekt werden die Mehrkosten bei ca. 10'000 Franken pro Jahr liegen. Durch die weitere Konkretisierung des Projekts konnten auch die Abschreibungskosten optimiert werden. Für die Fraktion FDP ist klar, dass es in Frauenfeld weiterhin eine Tierkörpersammelstelle braucht, vor allem auch da eine andere Sammelstelle in der Region wahrscheinlich in absehbarer Zukunft auch ersetzt oder allenfalls geschlossen werden muss, weil jene Anlage auch bald das Lebensende erreicht. Die Hälfte unserer Fraktion wird den Rückweisungsantrag der GPK unterstützen und erwartet danach eine nochmalige Überarbeitung der Kosten, damit diese tiefer ausfallen werden. Ich schliesse mich der Äusserung an, dass man jetzt definitiv Tempo herausnehmen muss. Im Moment sind die Baupreise eh zu hoch und es besteht die Hoffnung, dass diese sich vielleicht in einigen Monaten oder Jahren nach unten bewegen werden. Die Fraktion FDP ist mit 3 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen schliesslich für den Nachtragskredit, aber wir hoffen natürlich, dass die Rückweisung zustande kommen wird. Dass ich das jetzt noch gesagt habe, war taktisch vielleicht nicht so klug. Wir wünschen den Verantwortlichen bei der weiteren Planung und Umsetzung viel Erfolg und keine bösen Überraschungen mehr.

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Eine teure Tierkörpersammelstelle wird aufgrund von Berechnungsfehlern und Versäumnissen noch teurer. – Oder: 1.8 Mio. Franken investieren, nur um tote Tiere zwischenzulagern. Diese zwei Aussagen, die wir in den letzten Wochen etliche Male gehört haben und die aus unserer Sicht klar unter das Kapitel plakativ gehen. Ja, es ist unschön, wenn bei einem Projekt solch gravierende Mehrkosten auftreten. Die Fraktion SVP/EDU ist die erste, die das kritisch hinterfragt und plausible Erklärungen erwartet. Die vorliegende Botschaft gibt teilweise Antworten auf die neue Kostenzusammenstellung. Dass aufgrund des Tierseuchengesetzes starke Vorschriften umgesetzt werden müssen, leuchtet ein. Desinfektions- und Reinigungsabläufe sind in diesem sensiblen Bereich elementar und in der Installation aufwendig. Kunstharzböden und -wandbeläge sind kostenintensiv, das ist bekannt. Chromstahlinvestitionen mit den in diesem Bereich geforderten Qualitäten des Chromstahls sind sehr teuer. In unserem Business mit Stahlzargen ist es etwa Faktor 5. Kühlen und Technik kostet viel, das ist sowieso bekannt. Trotzdem, solche gravieren-



den Fehlkalkulationen durch ein unvollständiges Dossier dürfen sich nicht wiederholen. Hier braucht es griffige Kontrollmechanismen.

Wenn aber auf die Ehrlichkeit und Fehler Eingeständnisse, wie es das Amt für Hochbau und Stadtplanung und deren Vorsteher, Departementschef Andreas Elliker, getan haben, mit Uneinsichtigkeit, Sturheit und Überheblichkeit reagiert wird, sind wir auf sehr schwierigem Terrain unterwegs. Denn die Basis von konstruktiver und erfolgreicher Zusammenarbeit muss Ehrlichkeit, Transparenz und Vertrauen sein. Zukünftige Kostenabweichungen in kommenden Projekten werden möglicherweise erst kommuniziert, wenn der Bau gestartet ist und man nicht mehr zurückkann und den Zusatzkredit zähneknirschend genehmigen muss. Das haben wir in diesem Rat schon mehrmals durchgearbeitet und -gespielt.

Stein des Anstosses ist bei der Tierkörpersammelstelle die Investitionssumme für die Erstellung des Neubaus, nicht die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten, die in der Regel auf die Lebensdauer einer Anlage eher unterschätzt werden. Auf diese Investitionssumme wirkt sich auch der Kilopreis aus. Den anderen Gemeinden wurde mitgeteilt, dass der Kilopreis von 55 Rappen auf 80 Rappen und neun jetzt auf 96 Rappen steigen wird. In der Projektierungsphase wurde den Gemeinden eine Verdoppelung des Kilopreises, also auf 110 Rappen prognostiziert, womit sie einverstanden waren. Sie sind es immer noch und sind im Boot.

Eine Rückweisung hat zur Folge, dass die Instandsetzung der gefährdeten Bereiche erfolgen muss, was auch teuer zu stehen kommt und nur für die Zeit bis 2027 gebraucht werden kann, wobei diverse Ersatzteile, wir haben es schon mehrfach gehört, nicht mehr erhältlich sind. Aus heutiger Einschätzung wird das Bauen bis 2027 nicht günstiger. Ich erinnere an die wöchentlichen Preisaufschläge der Lieferanten aufgrund unvollständiger Lieferketten und der Energiepreise – mindestens erleben wir das in unserer Branche so. Die Rückweisung wird schlussendlich die Stadt und ihre Steuerzahler teurer kommen, wenn nach Ablauf der Betriebsbewilligung Ende 2027 eine Ersatzanlage stehen muss. In diesem Rat sind wir in der Lage, das aktuelle Budget von minus 3.5 Mio. Franken zu genehmigen oder beim Hallenbad Mehrkosten von 10 Mio. Franken aufwärts durchzuwinken, da sollten wir bei diesem unschönen, 650'000 Franken teuren Spass doch objektiv und sachlich entscheiden. Die Fraktion SVP/EDU lehnt den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich ab und unterstützt den offiziellen Antrag.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Vieles ist bereits gesagt worden. Wie Sie alle wissen, habe ich den Rückweisungsantrag gestellt mit der einfachen Begründung, in Frauenfeld braucht es so eine Anlage, ich kann aber nicht akzeptieren, dass so eine Anlage 1.85 Mio. Franken kostet. Das könnte man mit ebenfalls gleich guter Qualität auch günstiger bauen. Das war der Antrag, der mit Stichentscheid des Präsidenten der zuständigen GPK gutgeheissen wurde.

Ich komme mir vor wie vor 6-7 Jahren, als ich hier im Rat gegen die Fernwärme Frauenfeld angetreten bin. Ich bin zwar jetzt nicht ganz so allein wie damals, aber ich habe etwa gleich viele Fragen wie damals und ebenfalls nicht wirklich Antworten erhalten. Weder vom Stadtrat noch von sonst irgendjemanden.

Um was geht es eigentlich heute? Wenn Sie heute Abend diesen Nachtragskredit genehmigen, bauen wir das Bauwerk wie geplant. Ich bin überzeugt, der Kredit ist +/- 10 %. Im Gegenteil, ich glaube, jetzt hat man so viel Reserven hineingebuttert, damit man sich nicht blamieren muss. Das heisst, wahrscheinlich wird man mit 1.7 Mio. Franken abrechnen. Da sind wir alle glücklich. Aber halt. Da ist noch ein Passus drin. Preisstand 1. Oktober 2021. Und die Teuerung, ausgelöst durch Corona und jetzt auch den Ukrainekrieg, welche bis jetzt allein aufs Material 10-20 % ausmacht – die Teuerung für die Löhne kommt dann noch, das wird nächstes oder übernächstes Jahr kommen – ist noch nicht eingerechnet. Nach aktuellem Stand würden einige Planer, die an diesem Bau beteiligt sind, von den Bausummen automatisch profitieren, ebenso von der Teuerung, die durch tragische Ereignisse ausgelöst wurde. Das ist für mich ganz extrem störend. Das

kann man ändern, aber so wurde es nicht gesagt. Der Architektenauftrag wurde, wie Sie wissen, pauschal vergeben. Hier beginnt mein schlechtes Gefühl, wenn man von Vertrauen schaffen spricht.

Bei einem solchen Gewerk sollte nicht von der Teuerung profitiert werden können. Das wurde in diesem Rat schon vielfach erwähnt. Die Antwort, die wir erhalten haben: Es könnte auch umgekehrt sein, der Bau kann ja auch billiger werden, dann wird auch die Abrechnungssumme der Planer tiefer. Ich glaube, da haben wir nicht so wahnsinnig positive Erfahrungen. Die andere Seite ist wohl eher angesagt. Die Planungskosten von der Bausumme abhängig machen, ist für mich generell nicht mehr zeitgemäss. Denn es geht ja nicht nur um die Teuerung. Es geht auch darum, dass es für den Planer nicht relevant ist, ob ich für einen Bau teure Materialien verwende oder günstigere. Ob ich einen Chromstahlboden plane und ihn in Chromstahl oder Kunststoff baue, ist wahrscheinlich nicht matchentscheidend. Das ist das, was – wenn ich so in die Runde blicke – passieren wird.

Es gibt noch ein anderes Szenario. Wir nehmen den Antrag der GPK an, der Stadtrat geht zurück auf Feld 1, dann machen wir es wie Egnach, die eine solche Anlage für 1.2 Mio. Franken gebaut haben. Oder Lyss, die gerade mit einem Kostenvorschlag von 820'000 Franken eine Kadaversammelstelle plant. Dann wären wir mit den 150'000 Franken, die wir bereits in den Sand gesetzt haben, immer noch günstiger. Und eben, die Teuerung kommt ja sowieso. Bis 2027 reicht es noch längst, wenn wir bedenken, dass wir jetzt zwischen 2020 und 2022 eigentlich nichts gemacht haben, ausser einen Nachtragskredit genehmigen bzw. beantragen.

Und jetzt komme ich zum Vertrauen. Im GPK-Protokoll war zu lesen, dass meine Fragen eigentlich immer in die gleiche Richtung zielten und ich meiner Meinung nach nicht wirklich Antworten erhalten habe. Ich komme auf ein paar Punkte zurück, die mich störten.

1. Warum kostet ein Bau, wenn die Öffentlichkeit baut, immer mehr? Antwort: Wir unterstehen dem öffentlichen Beschaffungswesen. Das stimmt in diesem Fall sehr, sehr beschränkt, das hat auch die erste Botschaft gezeigt, es gibt hier aber noch Luft nach oben bei dieser Gröszenordnung von Baustelle.
2. Die Stadt bzw. die Öffentlichkeit hat ganz andere Auflagen als Private. Das stimmt auch nicht mehr. Mit dem Energiegesetz und mit allem anderen ziehen wir auf privater Ebene nach. Es wurde gesagt, wir verwenden kein Minergie-P, also gilt der gleiche Standard wie privat. Ich glaube nicht, dass ich euch einen Vortrag halten muss, wenn ich morgen eine Sandstrahlhalle baue, was das diesbezüglich alles beinhalten würde.
3. Es gab auch Antworten, man müsse mit teurem Material wie Chromstahl arbeiten. Meine Antwort dazu: Das Material allein ist beim Hochbau nicht ausschlaggebend. Bei einem solchen Gebäude sind die Lohnkosten der grössere Anteil. Und überhaupt, wer käme auf die Idee, eine Tierkörpersammelstelle ohne Chromstahl zu bauen?
4. Es handelt sich um ein komplexes Bauwerk. Bei der Antwort auf diese Frage wurde ich leicht wütend. Nur wenn man etwas nicht kann oder wenn man es noch nie gemacht hat, einfach zu sagen, es sei komplex, nur weil man Angst vor etwas hat, das verstehe ich nicht. Und wenn man dann ein scheinbar so komplexes Gebäude noch aufbläst mit einer noch komplexeren Energieform, verstehe ich es noch weniger. Sie erinnern sich, in der Sitzung 2020, als Herr Elliker den Vergleich zur Nicht-Komplexität dieses Baus mit dem Bau machte, als er seine Scheune baute. Der eine oder andere kann sich sicher erinnern. Ein komplexes Bauwerk entsteht momentan bei der Badi. Und ich sage extra komplex und nicht hochkomplex.
5. Der Anspruch des Veterinäramts wird immer höher, war eine weitere Antwort. Wir haben ein Bundesgesetz. Ich kenne das Veterinärgesetz des Kantons Thurgau und das des Kantons Zürich nicht. Aber so wahnsinnig kann das nicht differenzieren. Aber vielleicht muss man Gesetze umsetzen und nicht Ängste. Vielleicht muss man etwas hinterfragen, vielleicht muss man eine Antwort abholen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus der Badi. Wir hatten kürzlich in einer Bausitzung eine grosse Diskussion, ein Planer verlangte, dass man ein Bodenstück für 300 Franken einbaut. Der zuständige Bauleiter hat sich dagegen gewehrt. Der Planer sagte, gemäss SIA 273 müsste man das so machen, es gebe keine Alternative. Nach längerer Dis-

kussion haben wir ein Stück für 100 Franken gefunden, welches genau der Norm 273 entspricht. Man kann es machen und kann bei gleicher Qualität Geld sparen.

6. Dann ist noch die Sache mit Egnach. Egnach hat mit 1'164'000 Franken abgerechnet, inkl. 50'000 Franken Mehrkosten. Lyss hat momentan einen Kostenvoranschlag für 850'000 Franken inkl. Land. Ich habe immer Gründe gehört, warum man das nicht vergleichen kann. Ich habe keine Gründe gehört, warum man es vergleichen kann.
7. Dann kommen wir zum Kubikmeterpreis. Der Kubikmeterpreis, der die Politik sonst immer interessiert, ist jetzt nicht ausschlaggebend. Jedes Haus, welches gebaut wird, hat heute einen sehr hohen Komfort. Energie, Küche, meistens zwei Nasszellen. Nichts, was hochkomplex wäre, aber auf jeden Fall ein hoher Standard. Und das Material macht es sowieso nicht aus. Ich nenne ein paar Beispiele. Regierungsgebäude Neubau: 735 Franken pro Kubik, Primarschule Islikon: 729 Franken pro Kubik, Mehrfamilienhaus in Frauenfeld: eines bei 750 Franken pro Kubik, eines bei 643 Franken pro Kubik, Anbau Einfamilienhaus in Frauenfeld: 730 Franken pro Kubik, Neubau Villa 695 Franken pro Kubik, Primarschule Wallenwil: 780 Franken pro Kubik, Forsthof Heerenberg: 730 Franken pro Kubik, Oberstufenanlage Grabs: 875 Franken pro Kubik. Wir sind etwa bei 1'000 Franken pro Kubik.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Entschuldigung für die Unterbrechung, darf ich Gemeinderat Stefan Geiges ein bisschen an die Zeit erinnern, wir sind bereits bei 10 Minuten.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich komme noch zum Aushängeschild Natriumhydroxid-Absorptionsspeicher. Das kostet uns wirklich nichts. Bei einem Kubikpreis von 1'000 Franken - wie viel Raum können wir wirklich einplanen, wenn wir dieses Denkmal nicht bauen? Das weiss auch niemand. Aber 1'000 Franken pro Kubik ist wirklich viel. Stellen Sie sich nebenbei vor, unser Stadtrat zeigt einer Delegation aus China unser Denkmal Tierkörpersammelstelle. Ich weiss nicht, wer von Ihnen schon in einer Tierkörpersammelstelle war. Für mich ist klar, wenn ich bei einem Gebäude keinen Estrich bauen muss, wird es bedeutend billiger.

Ich komme zum Vergleich mit dem Hallenbad. Anscheinend gibt es Ratsmitglieder, die das vergleichen. Beim Hallenbad hat unsere Fraktion die Planerkosten stets bemängelt. Beim Hallenbad standen wir zeitlich unter Druck, sonst wäre nämlich im Winter kein Hallenbad mehr in Betrieb gewesen, aber Wasser hätte es drin gehabt wegen der Decke, Sie wissen es. Bei der Tierkörpersammelstelle sind wir nicht unter Druck und diese 150'000 Franken haben wir schon ausgegeben. Diese Liste kann man noch viel länger machen. Wir brauchen eine neue Tierkörpersammelstelle, aber ich sage es noch einmal, das Preisschild von 1.85 Mio. Franken für den vorübergehenden Ruhestand von toten Tieren ist schlicht und einfach zu teuer. Haben Sie den Mut, den GPK-Antrag anzunehmen.

**Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen Namen:** Ich spreche ausschliesslich zum Rückweisungsantrag der GPK. Wir wissen es alle, uns wurde ein lachsfarbenes Papier zugestellt, darin heisst es, die Botschaft sei zurückzuweisen. Punkt fertig, keine weiteren Ausführungen. Was damit bezweckt wird, bleibt für mich weitgehend im Dunkeln. Leider hilft das Protokoll der GPK da auch nicht wirklich weiter. Aus dem Protokoll wird einzig klar, dass eine Mehrheit der GPK der Meinung ist, die Kosten seien zu hoch und dass es günstiger gehen sollte.

Ich finde es noch wichtig, wenn wir hier eine Verfahrensfrage klären. Was kann und darf ein Rückweisungsantrag und welchen inhaltlichen Anforderungen muss dieser Antrag genügen? Im Geschäftsreglement des Gemeinderats ist der Rückweisungsantrag zwar erwähnt als parlamentarisches Recht von uns allen, es wird aber nicht erläutert, was darunter zu verstehen ist. Abzustellen ist deshalb auf die allgemeinen Grundsätze im Parlamentsrecht. Es gibt zwei zulässige Anwendungsfälle für eine Rückweisung.

Sie kann dann beantragt werden, wenn eine Vorlage nicht entscheidungsreif ist, weil beispielsweise noch wichtige Fragen geklärt werden müssen. Das ist der Hauptfall der Rückweisung. Dieses Argument wird aber hier im Rat und auch von der GPK nicht vorgebracht. Denn – durchaus zu Recht – die Botschaft zeigte detailliert alle wesentlichen Aspekte auf, die zu den Mehrkosten geführt haben. Also gibt es keine offenen Fragen, dieser Anwendungsfall kann hier also nicht spielen.

Es gibt dann eine weitere Möglichkeit, wo die Rückweisung in der Praxis richtig ist, wenn man eine Vorlage zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückweisen will mit der Idee, dass der Stadtrat dann später eine weitere, geänderte Vorlage dem Rat zum Entscheid unterbreitet. Dieses Szenario kann aber nur funktionieren, wenn der Gemeinderat die Eckwerte der Überarbeitung klar definiert. Das ist die Praxis zum Rückweisungsantrag. Wenn man das auf unser Geschäft anwendet, heisst das, es geht bei uns um einen Zusatzkredit, die GPK bzw. unser Rat müsste klar festhalten, wie hoch denn der Zusatzkredit maximal sein darf. Es müsste auch wenigstens grob gesagt werden, auf welche Bau- oder Anlageteile man verzichten will. Die GPK hat diese Hausaufgaben leider nicht gemacht. Damit wird aber eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat verunmöglicht. Wie soll denn der Stadtrat wissen, in welcher Höhe er Einsparungen vornehmen muss/kann/darf – es gibt auch noch ein paar baurechtliche Vorschriften bei diesem Thema. Wie soll er diese Schwellenwerte definieren und wie soll er an die Verzichtsplanung herangehen, wenn er keine Vorgaben dafür bekommt? Das kann meiner Meinung nach zu einem unerfreulichen Pingpong zwischen Gemeinderat und Stadtrat führen. Der Stadtrat müsste also ins Blaue hinaus eine neue Vorlage ausarbeiten mit dem Risiko, im Gemeinderat erneut auf die Nase zu fallen und dann wieder von vorne beginnen. Das kostet viel Zeit und viel Geld. Sie sehen, ich muss hier prophylaktisch den Stadtrat vor dem Rückweisungsantrag in Schutz nehmen, weil er ganz einfach zu wenig präzise ist und nicht sagt, was er genau will. So, wie er jetzt vorliegt, ist dieser Rückweisungsantrag vom Stadtrat nicht vernünftig umsetzbar. Ich ersuche euch deshalb, ihn abzulehnen.

**Stadtrat Andreas Elliker (SVP):** Der Stadtrat kommt nicht freiwillig mit so einem Geschäft in den Gemeinderat. Wie Sie aus den Voten hören konnten, wissen wir, dass da nicht alles oder Vieles nicht gut gelaufen ist. Dafür möchten wir uns entschuldigen. Wir haben diesen Fehler entdeckt und ich kann Ihnen sagen, wir haben mehr als eine Sparrunde gemacht, damit wir heute bei diesem Betrag sind. Ganz wichtig, wir waren gar nicht glücklich über diese 650'000 Franken Zusatzkredit, wir haben dies auch mehrfach im Stadtrat diskutiert. Wir haben wirklich viel Zeit dafür investiert, dieses Projekt auf die Schiene zu bringen und ich sehe es so: Wenn man mit einem Auto im Dreck steckt und mit dem Traktor herausgezogen werden muss, ist ein Projekt im Dreck und bleibt im Dreck. Es ist nicht einfach, da herauszukommen. Das ist meine Feststellung, sobald ein Geschäft nicht gut läuft.

Wir haben die Lehren daraus gezogen und es wurde auch gefragt, was das Hochbauamt in dieser Sache geändert hat. Wir haben einen Projektablauf gemacht, einen Standardablauf, wo es zuerst darum geht, was der Auslöser für dieses Bedürfnis ist, Budget, Gehalt, Gebäudenutzung, Liegenschaftsverwaltung, Ämter. Die Bedürfnisse sind dann durch das Hochbauamt zu prüfen. Durch das Hochbauamt wird ein Projektauftrag gemacht. Dafür haben wir seit der ersten Botschaft auch neues Personal. Es kommt zur Genehmigung des Projektauftrags je nach Höhe und Stufe. Es wird eine Machbarkeitsstudie und eine Grobkostenschätzung gemacht, dann ein Planungskredit, danach eine Planerauswahl, ein Vorprojekt, eine Kostenschätzung, Genehmigung Vorprojekt immer mit den Instanzen, die zuständig sind, Departementsvorsteher, Stadtrat, Gemeinderat, Volk. Projekt mit Kostenvoranschlag, Ausführungsplanung und Ausschreibung, Ausführung, Übergabe. Ich kann Ihnen das dann gern noch schriftlich nachliefern, damit Sie sehen, wie das Vorgehen ist. Das sind die Lehren daraus.

Ja, man kann sagen, es ist nicht dringend, diese Anlage zu machen. Ich sage nicht, diese Anlage ist dringend zu ersetzen. Es ist einfach schwierig, wenn ein Teil dieser Kühlanlage aussteigt, diese zu ersetzen. Da ist ein gewisser Druck da. Man nimmt das hin. Und wir haben aus einem be-

stimmten Grund nicht vorwärtsgemacht, nämlich weil wir bei den Kosten nicht am richtigen Ort waren. Das hat das Projekt auch verzögert. Zuerst waren die personellen Ressourcen nicht vorhanden, dann waren die Kosten zu hoch und wir wollten da Transparenz schaffen und nicht mehr Geld ausgeben, als heute der Stand ist. Jede Sparrunde kostet mit der Planung wieder Geld. Wir haben versucht, das Möglichste herauszuholen.

Die Tierseuchenvorschriften werden nicht geringer, die haben sich auch gegenüber Egnach verändert. Das wissen wir. Es wurde auch die Anlage in Lyss angesprochen. Wir kennen dieses Projekt, wir haben dieses Projekt angeschaut und wir könnten uns vorstellen, dass Lyss nicht zu diesem Preis baut. Sie sind 600 m von der Verbrennungsanlage entfernt, es gibt da noch andere Vorgaben. Dann müssen sie auch keine alte Anlage abbrechen, wir müssen eine Anlage abbrechen, das macht rund 100'000 Franken aus. Ich könnte da noch weiter ins Detail gehen, aber ich denke, wichtig ist, wir haben uns mit dem Thema auseinandergesetzt, auch mit Egnach. Es ist eine öffentliche Anlage, sie entspricht dem Behindertengleichstellungsgesetz, das ist auch ein Thema.

Unter anderem wurde auch noch der Hochwasserschutz angesprochen. Ja, wir haben dort ein Überschwemmungsgebiet, deshalb müssen wir höher bauen. Beim Abtransport von Lebensmitteln oder Tierkadavern muss ein fester Belag verbaut werden. Zur Versickerungsfläche an diesem Standort habe ich keine Bedenken, es sind genügend Versickerungsflächen vorhanden. Wir schauen aber allgemein in der Stadt, dass die Versickerungsflächen möglichst gering sind. Aber da ist man auch im Clinch mit den Vorschriften, zum Beispiel betreffend Seuchen oder Lebensmitteln oder anderen Sachen.

Man kann es auch einfach sagen und Abfall von drei Seiten anschauen. Der Fehler ist da, dazu stehen wir. Die Anlage kostet 650'000 Franken mehr als in der ersten Botschaft vorgesehen. Wir haben gegenüber der ersten Botschaft jährlich Mehrkosten von rund 4'000 Franken. Wir haben aus den Jahren 2019 und 2020 den Durchschnitt genommen oder pro Kilo Kadaver 16 Rappen Mehrkosten. Frauenfeld hat bei der Tierkörpersammelstelle einen Anteil von 15-20 %. Die anderen Gemeinden haben andere Abrechnungssysteme als die Stadt Frauenfeld, die machen das zum Teil auch über die Grossvieheinheit. Eine Grossvieheinheit ist eine Kuh, eine Milchkuh. Da müssen die Landwirte pro Kuh einen gewissen Anteil an die Entsorgungskosten des Vorjahrs bezahlen als Vorfinanzierung für das nächste Jahr. In Frauenfeld werden auch Zootiere abgegeben, die Jäger geben Tiere ab, die Tierärzte geben Tiere ab.

Wir sind uns bewusst, dass es keine gute Sache ist, dass es kein Vorbildprojekt ist, aber wir denken, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo wir dieses Projekt starten sollten, es in die nächste Phase bringen sollten. Darum bitte ich Sie, diesen Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen.

## **BESCHLUSSFASSUNG**

Der Rückweisungsantrag der GPK Bau und Werke wird mit 22 Nein-Stimmen, bei 10 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats gemäss Botschaft Nr. 34 wird mit 20 Ja-Stimmen, bei 10 Nein-Stimmung und 6 Enthaltungen angenommen.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Da der Antrag vom Gemeinderat angenommen wurde, stelle ich die Frage, ob aus dem Gemeinderat jemand das Behördenreferendum wünscht. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Das fakultative Referendum gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung beginnt demzufolge am 28. April 2022 und endet am 13. Juli 2022.

Zum Schluss habe ich noch folgende Mitteilungen zu verkünden: Heute wurde von Gemeinderätin Lisa Badertscher eine einfache Anfrage zum Thema «Social-Media-Strategie für die Stadt Frauenfeld» eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung, das ist dann die Wahlsitzung, findet am Mittwoch, 11. Mai 2022 um 18 Uhr statt.

Im Anschluss an die heutige Sitzung finden wie bereits erwähnt die beiden nicht-öffentlichen Informationen aus dem Stadtrat statt.

Ein Dank gebührt der Stadtgärtnerei, welche uns nach zweijähriger Coronaabstinenz wieder mit einem tollen Blumenschmuck beehrt. Herzlichen Dank. Es ist ein anderer Anblick, danke vielmals.

Mein Dank geht auch an Giuseppe D'Alelio und das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und auch bei der Gestaltung des Abends. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen restlichen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:50 Uhr

\*\*\*